

Anerkennung des Staates Palästina rettet Zwei-Staaten-Lösung

von

Generaldelegation Palästinas

Berlin, 28. Juni 2011

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches übergab der Völkerbund 1922 das Mandat Palästina an Großbritannien. Das Mandat erkannte Palästina als eine territoriale Einheit an und sah die britische Verwaltung bis zur Entlassung Palästinas in die Unabhängigkeit vor.

Infolge beginnender Unruhen entsandte die britische Krone 1936 eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz von Lord Peel nach Palästina. Der als Peel-Kommission bekannte Ausschuss kam nach der Untersuchung der Unruhen zu dem Schluss, dass diese durch die Angst der Araber, eine Minderheit im eigenen Land zu werden, ausgelöst wurden. Zum ersten Mal in der Geschichte empfahl eine Kommission die Teilung eines Landes in zwei Staaten.

Der Grundgedanke der „Zwei-Staaten-Lösung“ der Peel-Kommission wurde in der Resolution 181 von 1947 des UN-Sicherheitsrates wieder aufgenommen und bis zu den Osloer Abkommen 1993 etabliert. Einerseits ist die Zwei-Staaten-Lösung ein weitreichender und nicht mehr rückgängig zu machender Kompromiss zwischen dem natürlichen Recht eines Volkes und einem offensichtlichen irreversiblen kolonialistischen Anspruch auf ein Gebiet. Andererseits ist die Zwei-Staaten-Lösung die einzige Option, damit das palästinensische und israelische Volk seine nationalen Identitäten, Kulturen sowie Traditionen auf dem gleichen Land friedlich nebeneinander ausüben können. Dieser Vorschlag wurde als die einzige machbare Lösung für Palästina angesehen.

Während der Staat Israel heute auf drei Viertel des historischen Palästinas besteht, existiert auch 63 Jahre später immer noch kein Staat Palästina und ist kein Souverän über das ihm zugesprochene Gebiet. Die Westbank ist weiterhin besetzt, von Siedlungen und Mauer durchzogen, der Gaza-Streifen untersteht der unerbittlichen Blockade Israels und das besetzte Ost-Jerusalem erlebt einen konstanten Prozess der ethnischen Säuberung.

Über Jahrzehnte hinweg konstatierte sich die Zwei-Staaten-Lösung zu einer zentralen Referenz für einen glaubwürdigen Friedensprozess im Nahen Osten. Diese Vision präsierte sich in der Madrider Konferenz und in allen folgenden Zwischenabkommen.

Die Gründung des unabhängigen, souveränen, existenzfähigen und demokratischen Staates Palästina ist eine konsensuale Forderung der internationalen Gemeinschaft. Sie ist die verkündete Zielsetzung des Nahost-Quartetts und wurde sowohl von den USA als auch von der Europäischen Union anerkannt. In seiner Grundsatzrede am 19. Mai diesen Jahres

forderte US-Präsident Barack Obama zudem ausdrücklich die Zwei-Staaten-Lösung mit einem lebensfähigen Staat Palästina basierend auf den Grenzen von 1967.

Durch die von Israel blockierten Verhandlungen ist der Friedensprozess jedoch zum Stillstand gekommen. Die israelische Regierung verweigert sich der Zwei-Staaten-Lösung, indem sie die weitere militärische Kontrolle über den zukünftigen Staat Palästina fordert. Dieser Anspruch manifestiert sich in ihrer Politik der Kolonialisierung und in allen Verletzungen des internationalen Rechts und der unterzeichneten Abkommen.

Vor einigen Monaten votierte die US-Regierung im UN-Sicherheitsrat gegen eine Verurteilung des israelischen Siedlungsbaus und offenbarte damit ihre eigene Hilflosigkeit. Die UN-Resolution, die gemäß der US-Terminologie hinsichtlich der Siedlungen formuliert wurde, fand einhellige Zustimmung unter den weiteren Mitgliedern. Mit ihrem Veto zogen die USA allerdings ihre Glaubwürdigkeit als ehrlicher Makler in Mitleidenschaft.

Es gibt heute keine Verhandlungen und der vielfach gefeierte und nun mehr 18 Jahre alte Friedensprozess ist klinisch tot. Seine Wiederbelebung erfordert neuen Input und neue Methoden.

Vor 18 Monaten entschieden sich die PLO und die Palästinensische Nationale Autorität für eine doppelte politische Initiative. Zum einen sollten innerhalb von zwei Jahren die Grundpfeiler eines Staates, die Institutionen und die Wirtschaft aufgebaut werden. Jetzt haben die Weltbank und der Internationale Währungsfonds bestätigt, dass die palästinensische Regierung erfolgreich diesen Plan umgesetzt hat und Palästina für die Staatlichkeit bereit ist. Zum anderen fordert die palästinensische Regierung die internationale Gemeinschaft auf, den Staat Palästina in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt anzuerkennen. Die Anerkennung ermöglicht nicht nur die Herstellung der Grundparameter für eine Lösung, sondern auch die Rückkehr zum Verhandlungstisch. Mehrere Staaten Lateinamerikas haben bereits den Staat Palästina anerkannt. Wichtige europäische Staaten ziehen diese Anerkennung ebenfalls in Betracht.

Die Forderung nach Anerkennung ist keine einseitige Unabhängigkeitserklärung, denn bereits im November 1988 hat der Palästinensische Nationalrat die Unabhängigkeit Palästinas erklärt und 121 Regierungen haben diese anerkannt. Was wir jetzt fordern ist die internationale Anerkennung mit der Aufnahme des Staates Palästina als vollwertiges Mitglied der internationalen Gemeinschaft durch die Vereinten Nationen. Dieser koordinierte Prozess soll mit der internationalen Gemeinschaft erfolgen und kann somit in keinster Weise als unilateral angesehen werden.

Ein Friedensvertrag mit der israelischen Regierung bleibt weiter unabdingbar, da ohne einen Vertrag unser Land besetzt bleibt. Die Anerkennung unseres Staates ist zielgerichtet, da einerseits der politische Prozess auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung wiederbelebt werden kann und andererseits ermöglicht ein Abkommen die Lösung relevanter Fragen wie Sicherheit, Wasser, Flüchtlinge und Jerusalem als Hauptstadt von zwei Staaten. Durch die

Anerkennung wird mit aller Klarheit deutlich, dass Palästina ein besetzter Staat und kein umstrittenes Gebiet ist. Mit internationalem Druck muss nun Israel dazu bewegt werden, an den Verhandlungstisch zu kommen und auf einer konstruktiven Basis über den Frieden zu verhandeln.

Wir befürworten die Zwei-Staaten-Lösung und unsere Strategie ist dementsprechend ausgerichtet. Wir sind zu jeder Zeit bereit, Verhandlungen wieder aufzunehmen. Wenn allerdings bis September keine Fortschritte erzielt werden, bleibt allein der Gang zu dem UN-Sicherheitsrat. Votiert die USA aufgrund ihrer diplomatischen Kurzsichtigkeit und innenpolitischen Überlegen gegen unseren Vorschlag, werden wir bei der UN-Generalversammlung auf die Anerkennung unseres Staates insistieren.

Alle Regierungen, und insbesondere die Mitglieder der Europäischen Union, sind aufgefordert, unsere Bemühungen zu unterstützen. Ihre Unterstützung ist nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit und ein Solidaritätsausdruck mit unserem Volk, sondern ihre Hilfe liegt auch in ihrem eigenen Interesse. Die bedeutsamen Ereignisse, die gerade unsere Region erfährt, macht es dringend notwendig, Bedingungen zu schaffen, die die Stabilität im Mittelmeerraum wieder herstellen. Die Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist für dieses Ziel eine absolute Notwendigkeit.